

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Landbote. 1849-1934 1923**

63 (1.6.1923)



Er scheint  
Montag, Mittwoch und  
Freitag.

Bezugspreis:  
Durch die Post bezogen und durch  
den Briefträger u. unsere Ausreiter  
ohne Bestellgeld  
monatlich 2700.— Mk.

Der Bezugspreis ist im Voraus zu  
entrichten.  
In Fällen von höherer Gewalt be-  
steht kein Anspruch auf Lieferung der  
Zeitung oder auf Rückzahlung des  
Bezugspreises.

Geschäftszeit 7/8—5 Uhr, Sonntags  
geschlossen.

Fernsprechanruf Nr. 11.

Postfach-Konto  
Karlsruhe Nr. 8903.

# Der Landbote

Sinsheimer Zeitung

General-Anzeiger für das Elsenz- und Schwarzbachtal.

Älteste und verbreitetste Zeitung dieser Gegend. Haupt-Anzeigen-Blatt.

Anzeigen-Preise:  
Anzeigen: Die 42 mm breite  
Zeilenspalte 2.— Mk.  
Reklamen: Die 87 mm breite  
Zeilenspalte 2.— Mk.  
Anzeigen mit Deckbrosche oder  
Ankündigung 2.— Mk. Sonderbe-  
stimmung. Alle Preise freibleibend.  
Grundschrift in Anzeigen- und  
Letztteil ist Petit.  
Bei Wiederholungen tariffreier  
Rabatt, der bei Nichtzahlung inner-  
halb 8 Tagen nach Rechnungs-  
datum oder bei gerichtlicher Ver-  
urteilung und bei Konkurs erlischt.  
Platzprospekte werden nicht an-  
erkannt und für Aufnahmen an  
bestimmten Tagen sowie für tele-  
fonische Aufträge keine Gewähr  
übernommen.  
Anzeigenannahme bis 8 Uhr  
vormittags; größere Anzeigen müssen  
am Tage vorher aufgegeben werden

№ 63.

Freitag, den 1. Juni 1923.

84. Jahrgang

## Vor der deutschen Note.

### Die deutsche Ergänzungsnote.

Mit der politischen Lage, die durch die Vorbereitung des deutschen Angebots entstanden ist, beschäftigte sich eine Sitzung die innerhalb des Auswärtigen Ausschusses des Reichsrats unter dem Vorsitz des Reichskanzlers Dr. Cuno gestern stattfand. Die Sitzung erhielt ein besonderes Gepräge dadurch, daß die Vertreter fast aller deutschen Länder an ihr teilnahmen, um die Aufklärungen entgegenzunehmen die der Kanzler und der Außenminister über die Grundzüge des deutschen Angebots, über die Garantiefrage und über die außenpolitische Stellung des Reiches den einzelnen Alliierten gegenüber gaben. Anwesend waren der preussische Ministerpräsident Brüno, der bayerische Ministerpräsident von Knilling, der sächsisch-ministerpräsident Dr. Zeigler, der badische Staatspräsident Remmele, der hessische Staatspräsident Ulrich, der thüringische Staatspräsident Fröhlich, sowie sämtliche Reichsminister. Die Beratungen wurden als vertraulich erklärt.

Da sämtliche bei dem Ergänzungsangebot in Betracht kommenden Fragen mit den Parteiführern bereits eingehend erörtert worden sind, werden von nun an weitere parlamentarische Beratungen vor Abschließung der Note kaum mehr stattfinden. Der Inhalt der Note ergibt sich, soweit die allgemeinen Richtlinien in Betracht kommen, aus dem, was bisher über die Verhandlungen mit den Vertretern der Wirtschaft bekannt geworden ist. Die Note wird voraussichtlich sehr umfangreich werden, weil die Erörterung des Zahlungsmodus und der Garantiefrage zu komplizierten wirtschaftstechnischen Auseinandersetzungen führen muß. Selbstverständlich wird die Zahlung der Annuitäten von einem Moratorium abhängig gemacht werden, das auf mehrere Jahre zu bemessen sein wird.

In politischen Kreisen nimmt man an, daß die Annuitäten nicht dauernd auf eine feste Summe begrenzt werden sollen, sondern daß eine Erhöhung der Annuitäten von 1,1 Milliarden Goldmark als möglich hingestellt werden soll, falls die deutsche Leistungsfähigkeit sich gebessert hat, ohne daß damit aber die endgültige Gesamtleistung erhöht werden würde. Soweit sich nach den bisher vorliegenden Meldungen der Ententepresse die Wirkung des deutschen Angebots beurteilen läßt, wird einer der Hauptpunkte die Frage bilden, ob eine Abschätzung der deutschen Leistungsfähigkeit vor einer Stabilisierung der deutschen Währung möglich ist oder nicht. Infolgedessen wird man auch von deutscher Seite aus auf die Frage der internationalen Abschätzung der deutschen Leistungsfähigkeit besonderen Wert legen.

Gegenüber den zahlreichen Nachrichten über eine deutsche Reparationsanfrage in London wird amtlicherseits fortgesetzt dementiert, daß in London Erkundigungen vorgenommen worden seien. Die Tatsache, daß in wirtschaftlichen Kreisen Londons Fühlung gesucht wird, läßt sich aber nicht leugnen. Natürlich haben, wie auch in der englischen Presse mit großer Deutlichkeit betont wird, die rein wirtschaftlichen Unterhaltungen in London keine Bedeutung für die politischen Entschlüsse der englischen Regierung gehabt, so daß vorläufig die Wirkung des deutschen Ergänzungsangebots nicht zu übersehen ist.

### Die Denkschrift des Reichsverbandes der Industrie.

Der Reichsverband der Deutschen Industrie hat sich am Montag nachmittag doch noch entschlossen, die Denkschrift, die er dem Reichskanzler überreicht hat, zu veröffentlichen, nachdem am Samstag abend auf Wunsch der Regierung davon Abstand genommen worden war. Inzwischen hat sich aber herausgestellt, daß bereits zu viel durchgeleitet wurde und daß bereits die Absichten der Industrie innerpolitisch verärgert worden waren, so daß eine Vergiftung der inneren Atmosphäre befürchtet werden mußte. Außerdem hat sich die französische Presse eine Abschrift der Denkschrift zu verschaffen gewünscht, die sie in ihrem Sinn redigiert und so in alle Welt weiter telegraphiert hat, so daß auch dort die Wirkungen, die man sich für die Lösung des Reparationsproblems von den Vorschlägen der Industrie versprochen hatte, gefährdet wurden.

Dem Schritt, den der Reichsverband mit seinem Angebot getan hat, kommt vor allem ein Wert in vollem Maße zu, der eines guten Beispiels. Man darf sich durch die großen Zahlen der Milliardenumfänge in der Industrie nicht täuschen lassen: auch sie hat ihr gut Teil Lasten heute schon auf dem Rücken, und auch sie hat höchsten Grund unter den Füßen, von dem sie nicht weiß, wie lang er trägt. Wenn sie trotzdem eine so weitgehende — namentlich auch der Zeit, nicht bloß dem Betrage nach weitgehende — Bürgschaft für Verzinsung einer großen Entschädigungsanleihe auf sich nimmt, so könnte man ihr vielleicht sogar einen Vorwurf daraus machen, daß sie über ihre eigene Kraft und Sicherheit hinaus Sicherheit für die Allgemeinheit zu leisten sich erbiete. Die Voraussetzungen, die sie an ihr Angebot knüpft, sind nicht unbillig und verdienen es nicht, durch innerpolitisches Mißtrauen in ungesunder Weise aufgebaut und verwickelt zu werden, zumal sie ja auch das Filter der Gesetzgebung zu durchlaufen haben werden.

In der halbamtlichen Auslassung zu der Denkschrift des Reichsverbandes sowohl wie in den Äußerungen von parlamentarischer Seite ist Bezug genommen auf das in der Note vom 14. November 1922 niedergelegte Regierungsprogramm. Die Note ist noch von der Regierung Wirth an den Entschädigungsausschuß gerichtet, befaßt sich mit der Stützung der Mark und bietet dafür an, durch nachstehende innere Reformen die Aus-

gaben des Reichs einzuschränken und seine Einnahmen zu erhöhen:

- Aufhebung entbehrlich werdender Behörden.
- Berminderung der Zahl der Angestellten und Beamten.
- Vermeidung unproduktiver Ausgaben.
- Beschränkung der gesetzgeberischen Maßnahmen, die neue Ausgaben verursachen, auf die dringlichsten Erfordernisse.
- Produktive Gestaltung der Reichsbetriebe zur Erzielung ihrer Rentabilität.

Deutschland wird alle erforderlichen und geeigneten Maßnahmen ergreifen, um insbesondere durch Erhöhung des Wirkungsgrades der Arbeit zu einer Steigerung der Produktion und damit zu einem Ausgleich der Handelsbilanz zu gelangen. Zu diesem Zweck wird insbesondere eine Neuordnung des Arbeitsrechts unter Festhaltung des Achtstundentages als Normalarbeitszeit und unter Zulassung gesetzlich begrenzter Ausnahmen auf tariflichem oder behördlichem Wege zur Behebung der Notlage der deutschen Wirtschaft in die Wege geleitet, alle Maßnahmen zur Heranbildung von Qualitätsarbeitern gefördert, Luxusverbrauch und Luxuseinfuhr gehemmt und der Alkoholverbrauch beschränkt werden. Zweckmäßige Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion wird die Zwangsbewirtschaftung des Brotgetreides abgebaut werden. Bei einer Besserung der Mark fallen die wesentlichen Gründe für die bisherige Getreidepolitik fort.

In dieser Richtung sollen sich auch jetzt die gesetzgeberischen Bemühungen bewegen, um der Industrie die Aufbringung der zu übernehmenden Lasten zu erleichtern.

### Ein Fortschritt.

Berlin, 23. Mai. Der Montag hat die erste Entscheidung für die Festlegung der künftigen Note gebracht. Er war ausgefüllt mit Fraktionsitzungen, mit Besprechungen der einzelnen Parteien, vornehmlich der Arbeitsgemeinschaft, und Verhandlungen mit der Regierung, die erst am späten Abend zum Abschluß kamen. Als ihr Ergebnis darf man feststellen, daß es, wenn auch nicht ganz ohne Schwierigkeiten gelungen ist, zwischen der Regierung und den Parteien, zum mindesten der Arbeitsgemeinschaft und der Sozialdemokratie grundsätzliche Uebereinstimmung über den sachlichen Inhalt der Note zu erzielen. Damit fallen alle Gerüchte von der Möglichkeit einer Krisis zusammen. Bei den genannten Parteien besteht nicht die geringste Neigung, im gegenwärtigen Augenblick einen Wechsel in der Person des Kanzlers oder gar des ganzen Kabinetts zu verlangen oder zu befürworten. Wie bereits mitgeteilt, hat die Regierung die Absicht, die neue Note nicht ins Blaue hinein zu schicken, sondern sich zunächst einmal zu vergewissern, daß es, wenn auch nicht allein in London, sondern auch in Rom und wohl auch in Paris, wie die Ergänzung unserer Vorschläge auf der Gegenseite angenommen werden würde. Darüber kann es Ende der Woche werden. Sollte das Ergebnis so sein, daß wir diesmal auf eine andere Ausnahme unseres Angebots rechnen können, dann würde anfangs der nächsten Woche die Note herausgehen, im anderen Fall müßte entweder verjagt werden, ob sich neue Formeln finden lassen, die größere Aussichten auf ihre Durchführbarkeit haben, oder man müßte warten, bis auf der Gegenseite die Stimmung anders geworden ist. In jedem Fall ist aber durch das Zusammenarbeiten des Kabinetts und der Parteien das eine erreicht, daß die innere Front, ebensowohl in dem, was wir anbieten können, wie in dem, was wir ablehnen müssen, fest geschlossener ist und bleibt.

### Auch die Landwirtschaft stellt Bedingungen.

Berlin, 30. Mai. Ueber die Beteiligung der Landwirtschaft an der Wirtschaftsleistung für das neue deutsche Angebot meldet das Berliner Tageblatt: die Landwirtschaft habe ihre Zustimmung u. a. davon abhängig gemacht, daß sich der Staat jeden zwangsmäßigen Eingriffs enthalte, der die Erzeugung behindern könne z. B. Enteignung. Die Landwirtschaft sei der Auffassung, daß wenn ihre Kräfte in den Dienst der Lösung der Reparationsfrage gestellt werden, der Erzeugung keine Fesseln angelegt werden dürften und jede Zwangswirtschaft fortfallen müsse. Unter diesen Voraussetzungen sei die Landwirtschaft bereit, die gleiche Summe auf sich zu nehmen, wie die deutsche Industrie.

### Die Höhe und die Bürgschaften des Angebots.

Berlin, 30. Mai. Obgleich die Beratung der Regierung über das neue deutsche Angebot an die Alliierten, was die Grundzüge der neuen Vorschläge anbetrifft, zu einem gewissen Abschluß gelangt sind, ist doch die endgültige Fertigstellung der Note kaum vor Anfang der nächsten Woche zu erwarten. Das volksparteiliche Blatt „Die Zeit“ glaubt heute die folgenden Mitteilungen über den Stand der Note machen zu können: Von den drei großen Verhandlungspunkten, der ziffermäßigen Höhe, der Bürgschaftsform und der Frage des internationalen Schiedsgerichts sei der erste im wesentlichen geklärt. Die Regierung vertrete die Auffassung, daß die Grenze der deutschen Leistungsfähigkeit, die im letzten Angebot angegeben war, nicht überschritten werden könne. Für diese Auffassung finde sie auch die Unterstützung der Sozialdemokraten, da die sozialistische Internationale ebenfalls die deutsche Entschädigungsleistung mit 30 Milliarden Goldmark normiert habe. Nicht abgeschlossen seien dagegen die Fragen der Bürgschaftsform; besonders bestehe noch keine Uebereinstimmung über die Regelung der Bürgschaftsleistung der Privatwirtschaft. Es handle sich hier um die Frage, ob die Regierung sich mit dem werde.

Standpunkt des Reichsverbandes der deutschen Industrie zufrieden gebe, der bekanntlich eine Goldhypothek auf die Immobilien angeboten und eine Beteiligung am Gewinn abgelehnt hatte. Der Gedanke des internationalen Schiedsgerichts, dem die Abschätzung der endgültigen Entschädigungssumme gegebenenfalls übertragen werden soll, werde in der Note eingehender betont werden als bisher. Jedenfalls werde das Kabinett Wert darauf legen, daß sein neues Angebot von einer großen Reichstagsmehrheit getragen sei.

### Ein Erfolg Belgiens.

Paris, 30. Mai. Poincaré hat, wie von amtlicher französischer Seite mitgeteilt wird, der belgischen Regierung mitteilen lassen, daß er bereit sei, im Laufe der nächsten Woche nach Brüssel zu reisen. Poincaré überläßt es der belgischen Regierung, das Datum für die Zusammenkunft festzusetzen. In Brüsseler Meldungen wird der 6. Juni als Datum der Zusammenkunft genannt. Laut Auskunft am Quai d'Orsay ist nicht anzunehmen, daß Frankreich die belgische Note vor der Zusammenkunft schriftlich beantwortet. Auf die Frage, wer Poincaré nach Brüssel begleiten wird, wurde gestern abend am Quai d'Orsay geantwortet, voraussichtlich werde Poincaré von zwei Ministern und einigen Sachverständigen begleitet sein.

### Frankreichs Politik eine Gefahr für Italien.

Rom, 30. Mai. Auch die faschistenfreundliche Epoca beschäftigt sich heute mit der Reise Lerondis nach den jugoslawischen jugoslawischen Flotte in Cattaro sei für die Politik Frankreichs gegen Deutschland vollkommen überflüssig. Die französischen, die alle Italiener beunruhigen müßte. Die Reue der jüdische Ostpolitik beginne für Italien tatsächlich gefährlich zu werden. Die Möglichkeit für Italien, seine Interessen geltend zu machen, sei allerdings dadurch beschränkt, daß es seinerseits seine Billigung zur Aufstellung von Oberschlesien, die ein Verbrechen war, für die Unterstützung auf der Konferenz von Rapallo an die Pariser Regierung verkauft habe. Die Konferenz hat den Hasen Stume an Argoslamien gegeben, auch in westlichen Mittelmeer setzt die französische Rüstungspolitik die Sicherheit Italiens aufs Spiel. Frankreich baue sein strategisches Bahnhof in der Provinz Nizza aus, die nicht an Deutschland grenzte und lande Sonegalmer auf Korrika, das nicht Hamburg, sondern Genua gegenüber liege. Schließlich unterstütze Frankreich auch die Bestrebungen der Separatisten in Sardinien. Alles dies berge die größte Gefahr für die Zukunft in sich.

### Warum greift der Völkerbund nicht ein?

Lord Robert Cecil sagte in einem Vortrag über seine in Amerika empfangenen Eindrücke, es sei den Amerikanern klar geworden, daß die Welt einen andern Umfang habe wie vor einem Jahrhundert, und daß heute der Atlantische Ozean nur breiter sei als der Kanal vor 150 Jahren. Amerika sei jetzt mit den europäischen Angelegenheiten fast so eng verbunden, wie England zu jener Zeit. Man erkenne drüben immer mehr die Einheit der Menschheit in wirtschaftlicher, materieller, moralischer und geistiger Hinsicht. „Wir müssen“, sagte Lord Robert Cecil, „Amerika davon überzeugen, daß wir ernstlich seine Teilnahme am Völkerbund wünschen. Bei jeder Zusammenkunft fragte man mich, warum der Völkerbund nicht eingegriffen habe, um Frieden im Ruhrgebiet zu schaffen. Man mache annehmend wieder den Versuch, eine große internationale Frage mit Gewalt lösen zu wollen. Man betrachte überall in Amerika die „Ruhr“ als Probe der Aufrichtigkeit derjenigen, die den Völkerbund vertreten. Wir müssen daher den Beweis liefern, daß wir für immer mit den alten Methoden der Macht und Gewalt gebrochen haben, und solange das nicht geschieht, wird keine Ueberredungskunst das amerikanische Volk dazu bewegen, uns beizustehen. Wenn man in Amerika die „Einheit der Menschheit“ immer mehr erkennt, dann sollte man davon auch mal eine praktische Probe ablegen. Im übrigen braucht man eigentlich nicht erst nach Amerika zu gehen, um das Verhalten des Völkerbundes mit Kopfschütteln und Fragezeichen zu verfolgen. Wir wissen, daß Lord Cecil einer der ausgesprochensten Vertreter des Völkerbundes ist. So lange diese Einrichtung aber nichts weiter ist, wie eine S. m. b. H. zur Ausplünderung Deutschlands, ist die Frage, warum der Völkerbund nicht zu unseren Gunsten eingriff, ohne weiteres beantwortet.

### Abrüstung der Landheere! — Die Mißstände in der Saarverwaltung.

London, 30. Mai. In englischen Völkerbundskreisen wurde gestern bekanntgegeben, daß am 5. Juni die Abrüstungskommission des Völkerbundes in Genf zusammen treten wird, um für die Sitzung der Völkerbundsversammlung im Dezember das Projekt für die Abrüstung der europäischen Landheere fertig zu stellen und die Sicherheitsverträge auszuarbeiten, die zwischen den Staaten abgeschlossen werden sollen, die sich dem Abrüstungsprojekt unterwerfen. Am 29. Juni tritt der Völkerbundsrat gleichfalls in Genf zusammen. Der wichtigste Punkt auf seiner Tagesordnung wird die Besprechung der Mißstände in der Saarverwaltung sein. Im Abrüstungsausschuß und im Völkerbundsrat wird England durch Lord Robert Cecil vertreten sein. Es schweben zur Zeit in der englischen Regierung eingehende Verhandlungen über die Vorschläge, die Cecil in beiden Körperschaften des Völkerbundes im Auftrag Englands machen wird. Man kann als sicher annehmen, daß wenn die Saarverwaltung nicht bis zu diesem Zeitpunkt die beanstandeten Streik und Presseverordnungen freiwillig aufgehoben haben sollte, von englischer Seite der Antrag gestellt werden wird, daß diese Ordnung im Völkerbundsrat für ungültig erklärt werde.



Die Politik der neuen engl. Regierung.

London, 29. Mai. Ministerpräsident Baldwin ist zum Führer der Konservativen Partei gewählt worden. Bei der Wahl hielt Baldwin eine Rede, in der er u. a. ausführte: Bonar Law's Politik müsse weitergeführt werden; es dürfe kein Bruch stattfinden. Die Konservativen müßten sich an die Richtlinien Disraelis halten. Eine dieser Richtlinien sei, daß sie nicht die industrielle und landwirtschaftliche Wohlfahrt des Volkes vergessen dürften. Eine andere Richtlinie sei die Entwicklung und der Zusammenschluß des britischen Reiches. Ferner erklärte Baldwin, wenn Europa zerfalle, so könne England nichts vor der Fortdauer der Erwerbslosigkeit bewahren, die ihre Rückwirkung fast auf das gesamte Volk haben könne. Unter diesen Umständen habe er Mc Kenna wegen seiner hohen finanziellen Begabung und seines wohlbekannten Wunsches nach Sparbarkeit ein Amt angeboten. Man könne nicht zulassen, daß Europa zerfalle, denn sonst würden die industriellen Verhältnisse in England gefährdet. Welcher Staatsmann in der Zukunft auch die Zügel halten werde und wie groß er auch sei, er dürfe die europäische Lage nicht vernachlässigen; ihre Behandlung dürfe nicht verzögert werden. Wenn sie sich selbst überlassen würde, würde es zu spät sein. Baldwin bekämpft mit diesen Ausführungen die Auffassung, die von einigen konservativen Politikern vertreten werden, daß England sich ähnlich wie Amerika von den Händen des europäischen Festlandes fernhalten solle.

Der Präsident Frankreichs im Elsaß.

Paris, 29. Mai. Der Präsident der Republik, Millerand, hat gestern eine Rundreise durch das Elsaß begonnen. Er besuchte die Städte Altkirch, Mülhausen und Colmar. Bei einem Bankett, das ihm zu Ehren in Mülhausen gegeben wurde, hielt er eine Rede, in der er sich mit der französischen Ruhrpolitik beschäftigte und die gemohnten Phrasen von Deutschlands schlechtem Willen von sich gab.

Volle Verkehrsperre nach Ludwigshafen.

Vom Mittwoch, 30. Mai, abends 8 Uhr ab ist bis einschließlich 7. Juni abends 8 Uhr jeder Verkehr über die Rheinbrücke und die Altripper Fähre gesperrt. Ausnahmsweise durfte am Mittwoch abend die Rheinbrücke noch bis 11 Uhr passiert werden. Außerdem wird im Bezirk Ludwigshafen bis auf weiteres jeder Verkehr mit Kraftwagen oder Rädern aller Art vollkommen unterbunden. Für die Ortschaften Mutterstadt und Rheingönheim ist ein Nachtverkehrsverbot von abends 8 bis morgens 5 Uhr angeordnet. Diese außerordentlich schweren Eingriffe der französischen Behörden in das Verkehrsleben werden auf angebliche Sabotageakte zurückgeführt die in den letzten Tagen gegen die Eisenbahnen in der Pfalz verübt worden sein sollen.

Der Aufruf der Streikleitung.

Essen, 30. Mai. Die Streikleitung im Ruhrgebiet und die Union der Hand- und Kopfarbeiter fordern in einem Aufruf zur Wiederaufnahme der Arbeit auf. Der Streik sei abgebrochen, aber noch nicht beendet. Der Kampf werde zur gegebenen Zeit wieder aufgenommen werden. Hierbei tragen die Kommunisten der Laifache Rechnung, daß der Streik bei der überwiegenden Mehrheit der Arbeiter Rheinlands und Westfalens überhaupt keinen Anklang gefunden hat. Nur infolge eines ungeheuren Terrors und des Fehlens jeglichen Schutzes ist dieser Streik möglich gewesen.

Das Ende der Aufrührbewegung.

Essen, 31. Mai. Die Kohlenarbeiter im Ruhrgebiet haben heute die Arbeit bis auf wenige hundert Mann wieder aufgenommen und damit ist auch die Aufrührbewegung zu Ende gekommen. Zwar machen sich neuerdings einige wilde Streiks bemerkbar, wie der Ausstand der Kölner Straßenbahner und ein Streik auf der Zeche Radbat, der die Gasversorgung der Städte Hamm und Münster lahmlegt, und in Remscheid liegen auch noch einige Werke der Metallindustrie still. Aber in der Hauptsache ist auch in der Metallindustrie die Arbeit wieder aufgenommen worden. Die Polizei scheidet nun weiter zu Verhaftungen der Führer der kommunistisch-fundamentalistischen Aufrührbewegung. Im Hauptquartier der Kommunisten hat sie die Listen der Teilnehmer beschlagnahmt und 16 der Hauptteilnehmer, darunter die Führer Pforte und Rüdiger, verhaftet. Auch versteckte Waffen und Sprengmittel wurden beschlagnahmt. In Selsenkirchen ist die Ruhe vollkommen wieder hergestellt. Schwierigkeiten macht noch die Lebensmittelversorgung, da die Großhändler wegen der von dem Kontrollausschuß herabgesetzten Preise nur geringe Warenmengen anliefern. Auf der Zeche Bismarck haben die Franzosen heute begonnen, die Kohlebestände abzutransportieren. Die Besatzung ist in den

Schicksalswende.

Roman von A. Klinger.

Erst als sie sich ihrem Wohnort näherte und die Gedanken an den stillen Schläfer daheim sie umspannten, wurde sie wieder traurig, und trotzlos erschien ihr die Gegenwart wie die Zukunft. Im Trauerhause hatte sich inzwischen jene unheimliche düstere Regsamkeit entfaltet, die mit der Aufzählung eines Toten verknüpft ist. Der Sarg war gebracht worden, die Dekoration von grünen Blattpflanzen wurde herbeigeschafft, der Raum mit schwarzem Flor verhangen. Als Almida zurückkam, war alles erledigt und tiefe Ruhe im Hause. Sie ging zu ihrem Toten und kniete an seinem Sarge, und wie sie stille Zwiesprache mit ihm hielt, da stand er wieder vor ihr als Lebender, göttlich und verehrungswürdig wie selten einer, und sie flüsterte ihm alles zu, was ihr junges Herz bewegte, daß sie in treuer Liebe nach wie vor mit Hubert vereint sei, und daß sie ausharren, daß sie alles daransetzen wolle, um sich das Vertrauen und die Zuneigung der Schwiegereltern zu erwerben. Gläubend sah sie mit Frau von Herbst zusammen. Dann kam ein langes Telegramm von Hubert mit tröstlichen, innigen Worten, die Liebe atmeten, den Kummer beschwichtigten und heimliche Seligkeit in Almida auslösten. Inzwischen war Franz in Begleitung des ältesten Prokuristen, welcher das unbedingte Vertrauen des Herrn Harnisch befehlen hatte, in die Villa gekommen und hatte von Frau von Herbst die Schlüssel zum Arbeitszimmer des Verstorbenen sowie zur Bibliothek gefordert. In Gegenwart jenes vertrauenswürdigen, ehrenwerten Mannes ordnete Franz sämtliche Papiere seines Oheims. Diese Arbeit nahm nur wenige Stunden in Anspruch. Es handelte sich nur um geschäftliche Korrespondenzen. Privatbriefe hatte der Verstorbene beiseite vernichtet.

Proteststreik getreten. In Dortmund hat die Polizei 80 Kommunisten verhaftet, unter denen auch mehrere Führer der letzten Unruhen sind.

Deutschfeindliche Propaganda in Südafrika.

Der bekannte Hefefilm gegen das Deutschtum „Die Apokalyptischen Reiter“ wird zur Zeit in Südafrika vorgeführt. Trotz deutschen Einspruchs dagegen, hat der Administrator von Südafrika, Robertson, nach einer Meldung der Zeitung „Deutsch-Afrikaner“ entschieden, er wolle der Aufführung des vollen Films keine Hindernisse in den Weg legen. Das genannte Blatt stellt dem Verhalten des Transvaaler Administrators die Handlungsweise der mexikanischen Regierung gegenüber, die die Aufführung argernisregender Filme verboten hat. Als in Mexiko der Film: „Was der Kaiser in seinen Erinnerungen vergaß“ aufgeführt wurde, wurden die dortigen Deutschen bei ihrem Gesandten vorstellig, der darauf bei Präsident Obregon die Aufhebung dieser und ähnlicher verletzender Vorstellungen erwirkte. „Der Deutsch-Afrikaner“ knüpft daran folgendermaßen, allen Deutschen aus der Seele geschriebenen Kommentar: „Unseres Wissens ist Mexiko das erste Land, das eine derartige Maßnahme gegen die Hefepropaganda unserer Feinde getroffen hat. Vielleicht ist das vorbildliche Vorgehen des so verschrienen Mexikos anderen sogenannten Kulturstaaten, die sich nicht genug auf ihren Nord zugute tun können, ein beschämendes Vorbild. Auf der anderen Seite ist der „Bund deutscher Frontkämpfer in Mexiko“ ein leuchtendes Beispiel dafür, wie eine verhältnismäßig geringe Zahl zielbewusster deutscher Männer unendlich viel dazu beitragen können, durch geeignetes Auftreten die Ehre ihres Vaterlandes vor feindlichen Schmutzangriffen zu behüten!“

Russische Militär-Spionage in Frankreich?

Paris, 30. Mai. Wie der Matin mitteilt, hat die Pariser Kriminalpolizei einen Russen verhaftet, der im Verdacht steht, für die Sowjetregierung Spionage getrieben zu haben. Die Polizei scheint der Verhaftung dieses Ausländers große Bedeutung bei zurechnen und ihn als Chef einer Organisation zu betrachten, die ihre Bezweigungen in allen Militär- und Marinezentralen Frankreichs hat und beauftragt ist, den Sowjets alle Informationen über die nationale Verteidigung Frankreichs zugehen lassen. Ein zweiter Haftbefehl gegen einen an-

Nicht lässig werden den Ruhrkampf zu unterstützen!

Gebt fortlaufend von Zeit zu Zeit Eure Gaben!

Der Landbote nimmt Gaben entgegen in seiner Geschäftsstelle und auf Postcheckkonto Karlsruhe Nr. 6903.

Unsere Sammlung ergab bis jetzt 3728 268 Mark.

deren Russen habe jedoch nicht ausgeführt werden können, da der betreffende Russe sich augenblicklich in Deutschland auf Reisen befindet, um einen Mitarbeiter der russischen Spionageorganisation interessante Dokumente über die nationale Verteidigung Frankreichs zu übermitteln. Die Prüfung der zahlreichen Dokumente, die bei dem Russen beschlagnahmt worden sind, hat bisher keinerlei Ergebnisse gezeigt.

Dreiländer-Konferenz über die Tanagerfrage.

London, 30. Mai. Der Premierminister hat im Unterhaus mitgeteilt, daß die französischen, spanischen und englischen Sachverständigen demnächst zusammentreten um das Programm für eine Konferenz zu entwerfen, auf der die Tanagerfrage endgültig völkerrechtlich zu erledigen sei. Die englische Regierung vertritt die Auffassung, daß nur die drei an der Internationalisierung von Tanager beteiligten Länder Großbritannien, Spanien und Frankreich an dieser Konferenz teil-

nehmen sollen. Diese Mitteilung läßt darauf schließen, daß die Tanagerfrage auf einer Konferenz entschieden wird, auf der Frankreich gegenüber England und Spanien sich in der Minorität befinden würde.

England bleibt Herr in Palästina.

London 30. Mai. Die englische Regierung hat angesichts der Tatsache, daß die arabische Bevölkerung Palästinas die Wahlen zur gesetzgebenden Versammlung boykottiert hat, das Inkrafttreten der Verfassung für Palästina aufgehoben. Die Wahlen für die gesetzgebende Versammlung, an denen sich im wesentlichen nur die Juden und die dort ansässigen Christen beteiligt haben, sind für ungültig erklärt worden. Die Verwaltung des Landes wird nun weiterhin von einem englischen Kommissär und einem ihm unterstellten Ausschuss aus den in Palästina ansässigen oder sich ansiedelnden Völkern ausgeübt werden.

Kommunisten als Freistreiber.

Aus Essen wird berichtet: Die Kontrollausschüsse, die in den letzten Tagen eine Herabsetzung der Warenpreise um 3-4000 Mk. unter den Einkaufspreis der Großisten erzwingen hatten, haben nunmehr eingesehen, daß dies höchst irrig war. Von allen Seiten kamen Aufkäufer, die zu billigen Preisen kauften, während die notleidende Bevölkerung die Waren nicht zu sehen bekam. Infolge dessen beginnen die Kontrollausschüsse wieder damit, die Preise bedeutend zu erhöhen. — Der Hereinfall der Kommunisten entbehrt nicht der Komik. Im übrigen sind „Kontrollkommissionen“ und Aufkäufer hier einander wert!

Klara Zetkin und Ritter Degoutte.

Das politische Wochenblatt Le Carnet de la Semaine in Paris veröffentlicht laut Köln. Ztg. folgende Mitteilung: „Vor einigen Wochen verfuhr die Kommunistin Klara Zetkin die Einreise ins Ruhrgebiet. Natürlich wurde sie von französischen Wachposten festgenommen, und der Offizier vom Dienst berichtete im Hauptquartier des Generals Degoutte von dieser Festnahme; aber eine Stunde später kam ein Offizier vom Generalstab des Generals Degoutte in Person, um der Kommunistin Entschuldigungen über die Maßnahmen zum Ausdruck zu bringen. Er hat ihr die Versicherung gegeben, daß sie völlige Freiheit besitze, die kommunistische Propaganda im Ruhrgebiet zu treiben. Sie habe das auch nicht zu tun unterlassen.“ Das Wochenblatt kommt zu folgendem Schluß: „In Frankreich scheidet die Regierung die Kommunisten vor den Staatsgerichtshof, und in Deutschland kommen unsere Generalsaboffiziere und bitten die irrtümlich verhaftete Kommunistin um Entschuldigungen.“

Die deutsch-amerikanischen Schiffsbeziehungen.

Wenn man einen Blick auf die jetzt veröffentlichten Schiffsregister wirft, wird man zunächst erstaunt sein über die geringe Neubautätigkeit in den Vereinigten Staaten. In der Verteilung der auf die einzelnen Länder kommenden Neubauten finden wir im letzten Vierteljahr die Vereinigten Staaten erst an sechster Stelle hinter Großbritannien, Deutschland (mit Vanzig zusammen 463 877 Tonnen), Italien, Frankreich und Holland, und zwar mit nur 139 448 Tonnen Schiffsraum. Für den, der sich mit der Entwicklung der amerikanischen Schifffahrt während des Krieges u. nach dem Kriege näher beschäftigen will, wird die auch im Verhältnis zur Gesamtsumme der im Bau befindlichen Handelschiffstonnage der Welt (2 929 311 T.) recht geringe Schiffsbautätigkeit in den Vereinigten Staaten kaum auffallend erscheinen. Die amerikanische Handelsflotte kann mit Recht als die jüngste der Welt bezeichnet werden. Die eigenartigen Verhältnisse, unter denen die Handelschifffahrt der Vereinigten Staaten heute zu leiden hat, geht klar und deutlich aus einem aus Hamburger Schiffsfahrtskreisen unlangst an den „Hannoverschen Kurier“ gerichteten Brief hervor, in welchem besonders auf die auf dem Kontinent ziemlich unbedacht gebliebene Ablehnung des amerikanischen Schiffsfahrtsubsidiengesetzes hingewiesen wird. Präsident Harding hatte mehrfach versucht, mit Hilfe der Regierung die amerikanische Schifffahrt über die derzeitige schwere Krise im Weltschiffsverkehr hinwegzubringen. Bekanntlich hatte sich die Regierung bereits ziemlich stark in Schiffsfahrtsangelegenheiten engagiert. Das amerikanische Shipping Board, das zahlreiche Dampfer, darunter mehrere beschlagnahmte deutsche Schiffe, für eigene Rechnung fahren ließ, hatte angesichts der unglücklichen Entwicklung im Weltverkehr einen harten Kampf zu bestehen. Die auf diese Weise entstandenen „Raten-Kriege“ in der transatlantischen Fahrt gingen für die Vereinigten Staaten so gut wie restlos verloren, und man muß drüber noch zufrieden sein, daß nach dem Plane des Herrn Harding nicht noch weitere Dollar-Millionen Staatsgelder verschwendet wurden. Die niedergehende Konjunktur am Weltfrachtenmarkt hatte der amerikanischen Schifffahrt gewaltige Verluste gebracht, die schwer auf dem Beutel der Steuerzahler liegen mußten. Sah sich doch das Shipping Board gezwungen, die während des Krieges mit einem Kostenaufwand von 300 Millionen Dollars gebauten 226 Holzschiffe für

Franz schloß die beiden, Almida gehörenden Dokumente in ein Kuvert und sandte sie ihr durch einen Diener.

Er erhob sich und dehnte seine schlankte Gestalt. Er war nun der Herr hier im Hause und, was unendlich mehr bedeutete, in den Bureaus, er war der Besizer von Millionen.

Tausendmal hatte er sich die schwindelerregende Freude vorgestellt, die ihn durchzupfen mußte, wenn ein Glückszufall ihn zum Millionär machte.

Doch diese Freude wollte sich noch nicht einstellen. Er atmete vielmehr unter einem Druck. Er fürchtete die Nacht und wagte es nicht, zu dem Toten zu gehen. Und sträubte sich doch mit aller Kraft gegen die Klammern, die seine Brust umkrampften, und ihn daran hinderten, im Vollgemüß des Errungenen zu schwelgen.

Im Traume vernahm er die ächzende Stimme seines Oheims, der ihn anflehte um Hilfe. Im Wachen sah er das schmerzverzerrte Gesicht vor sich. Wenn der Anfall überwunden worden wäre, hätte sein Verwandter noch jahrelang am Leben bleiben können.

So ging es ihm unablässig durch den Sinn. Er suchte sich gemaltfam abzulenken, es gelang ihm auch kurze Zeit, doch dann kreisten seine Gedanken wieder um ein und denselben Punkt. Er tobte in ohnmächtiger Wut gegen sich selbst. „Wenn ich so ein Feigling bin, wäre es besser gewesen, ich hätte ihm geholfen und wäre der Hungerleider geblieben, der ich war!“

Doch am Geschehenen ist nichts zu ändern. Der Oheim war tot und das Gewissen ließ dem Schuldigen keine Ruhe.

„Sind Sie aber schick gekleidet, Fräulein!“ Mit diesen Worten empfing Frau Olga Wengdorf ihre neue Gesellschafterin, verraten Sie mir doch, bei welchem Namensnennender Sie arbeiten lassen! Ich bin auf der Suche nach einem solchen. Der meinige wird bequem und fahrlässig, und ich wollte schon lange von ihm abgehen.“

Frau Wengdorf war eine hübsche, elegante Erscheinung, mehr ist von ihr eigentlich nicht zu sagen, abgesehen von einigen Eigenschaften, die ihrem Gatten das Verhättnis gelegentlich gründlich verleidet hatten.

In einem Geheimfach fanden sich Almidas Geburtschein sowie der Impfschein, auf den Namen Alma Gröper lautend.

Franz erklärte dem Prokuristen, daß Almida nur ein ungenommenes Kind und nicht erbberechtigt sei.

Der Prokurist bewegte bedauernd den Kopf, erstaunt darüber, daß sein Chef kein Testament hinterlassen.

Da hatte ja doch Frau von Herbst sowie das gesamte Dienstpersonal auf eine letztwillige Verfügung zu ihren Gunsten gehofft.

Auch die Beamten rechneten mit einem Geldbetrag, der sie für jahrelange treue Arbeit lohnen sollte.

Er sprach seine Enttäuschung und Verwunderung nicht aus, doch sie war ihm vom Gesicht zu lesen.

Franz erriet seine Gedanken und suchte die Achseln. „Mein Oheim hat sich gewiß mit der Absicht getragen, das junge Mädchen zu adoptieren. Ebenso wird es sich mit dem Testament verhalten. Er konnte zu keinem Entschluß kommen. Und nun hat der Tod ihn überrascht. Es wäre ja möglich, daß noch ein Testament vorhanden ist, aber es findet sich nicht die kleinste Notiz darüber. Sie sehen es ja.“

Auch die Bibliothek durchstöberte Franz in Gegenwart des Prokuristen. Ohne jedes Ergebnis natürlich.

„Sie sind der alleinige Erbe, Herr Harnisch,“ sagte der Prokurist, als er sich empfahl. „Meinen Glückwunsch! Hoffentlich belassen Sie alle Beamten in ihren Stellungen, es sind insgesamt treue, erprobte Kräfte.“

„Solange ich keine Ursache zur Klage habe, warum nicht? Ein etwas strafferer Regiment, als mein Oheim es für gut befand, gedenke ich natürlich einzuführen. Wenn das nicht paßt, der kann gehen. In den Weg lege ich keinen Stein.“

Rühi und sorgenvoll verabschiedete sich der Prokurist. Er mußte, daß auch seine Tage hier gezählt waren. Er wollte nicht warten, bis man ihm „den Stuhl vor die Tür setzte.“

Er mußte beizeiten nach einem neuen Wirkungskreis Umschau halten. Ein so ausgezeichnete Kaufmann fand wohl bald, was er suchte, doch nur mit schwerem Herzen trennte er sich von der Stätte seiner mehr als dreißigjährigen Tätigkeit.



nur 3/4 Millionen Dollar zu verhöhen. Desgleichen erwies sich ein beträchtlicher Teil der in der Kriegszeit allzu hastig gebauten Stahlschiffe in der Konkurrenz mit den Handelsflotten anderer Länder als völlig unbrauchbar. Allein für die außer Fahrt gesetzte Fahrzeuge hatte der Staat eine Zeit lang monatlich 17,5 Millionen Dollars zu tragen, noch heute muß er für die stillgelegten Schiffe 5 Millionen Dollars im Monat aufwenden. Nach der nun dekretierten Auflösung des staatlichen Schiffsamtes werden wiederum 11 Millionen Tonnen Schiffsraum, die an drei Milliarden Dollars gekostet haben, für einen lächerlich geringen Preis, vermutlich ausschließlich zum Abwracken auf den Markt kommen. Aus diesen Beweggründen heraus ist die von dem einseitigen und großzügig denkenden Teil der amerikanischen Schiffahrtskreise angestrebte und erfolgreich durchgeführte Anlehnung an die Handelsmarine anderer Länder, besonders Deutschland, wohl zu verstehen. Die sich für beide Staaten bereits durchaus zweckmäßig und gewinnbringend erwiesenen Interessengemeinschaften zwischen amerikanischen Reedern und der Hamburg-Bremer Großschiffahrt werden aller Voraussicht nach noch eine große Zukunft haben, besonders, da sich die deutsch-amerikanischen Schiffahrtsabkommen neuerdings nicht nur ausschließlich auf den transatlantischen Verkehr erstrecken, sondern sich auch auf andere wichtige Seegebiete, wie Südamerika, erweitert haben.

**Die Untersuchung über den Marktzug.**

Berlin, 29. Mai. Der auf den Antrag der Sozialdemokraten vom Reichstag eingesetzte Untersuchungsausschuss zur Prüfung der Wirkung der Maßnahmen für die Stützungsaktion der Mark trat heute unter dem Vorsitz des Zentrumsabgeordneten Lange-Hegermann zu seiner ersten Sitzung zusammen. Staatssekretär Schröder vom Reichsfinanzministerium führte aus:

Nach den Ueberlegungen, die wir am Anfang der Aktion angestellt hatten, waren wir mit dem Ergebnis der Haltung des Dollars durch beinahe 3 Monate auf einem Niveau von 20 000 bis 22 000 durchaus zufrieden. Wir hatten nicht gedacht, daß wir mit den Mitteln, die zur Verfügung standen, von Anfang Februar bis Mitte April würden ausreichen können. Wegen der Passivität unserer Handels- und Zahlungsbilanz wurde es für die Reichsbank immer schwieriger einzugreifen, insbesondere als der geringe Erfolg der Dollarschahanaufstellungen der Öffentlichkeit zeigte, daß die Mittel zur Stabilisierung der Mark nicht in dem erwarteten Umfange zugeflossen waren. Um für eine lange Zeit das Pulver trocken zu halten, hat man sich dann entschlossen, den Kurs nicht mehr unter allen Umständen zu halten, um an anderen Tagen später mit stärkeren Mitteln einzugreifen. Als dann am 17. und 18. April der Ansturm so stark wurde, daß die Reichsbank mit ihren Mitteln nicht weiter durchhalten konnte, ist dann das eingetreten, was allgemein bekannt ist.

Reichspräsident Haverstein betonte, daß er sich von vornherein darüber klar gewesen sei, daß es sich um keine dauernde Stabilisierungsmaßnahme handeln konnte, weil eine solche erst nach Fortfall der politischen Schwierigkeiten, insbesondere der Ruhrbesetzung, möglich sei. Die Reichsbank hat niemals Widerstand geleistet gegen eine Intervention am Devisenmarkt und hat im Januar begonnen, im Ausland Mark in großen Beträgen aufzunehmen. Der Dollarkurs zwischen 22 000 und 23 000 im Februar und März, der ohne Unterstützung der Reichsbank bis auf ungefähr 19 000 zurückging, sei zweifellos der volkswirtschaftlich richtige Kurs gewesen, denn zu diesem Kurse kamen insbesondere aus dem Ausland sehr erhebliche Beträge heraus, sodaß die Reichsbank nur geringe Aufwendungen für die Stützungsaktion machen mußte. Die Reichsbank hat die Dollarschahanaufstellung begrüßt, denn sie war etwas ganz anderes, als die im Herbst geplante. Damals sollte das Reich Goldverpflichtungen gegen Papier eingehen. Ueber den Erfolg der Dollarschahanaufstellung sagte Haverstein: Auch wenn man die Devisenbestände des deutschen Volkes sehr gering einschätzt und berücksichtigt, daß ein großer Teil wirtschaftlich notwendiger Reservebestand ist, mußte man erwarten, daß mindestens die Hälfte, wahrscheinlich aber mehr, der aufgelegten Anleihe gezeichnet werden konnte, denn die Devisenbestände gehörten an die Kampffront. Es haben hier sehr viele Kreise verfaßt. Die Schwerindustrie der in der Presse deswegen Vorwürfe gemacht wurden, hat jedoch die größten Beträge gezeichnet. Naturgemäß wurde der Ertrag auch dadurch benachteiligt, daß Frankreich das Recht des Reiches, eine Goldanleihe aufzulegen, bestritt. Mit der Bekanntheit des geringen Ergebnisses der Anleihe trat ein ununterbrochener Ansturm auf dem Devisenmarkt ein. Große Kreise im Inland deden sich weit über den augenblicklichen Bedarf ein, andere kauften abgegebene Devisen wieder zurück. Es war jedoch unredlich, diesen Ansturm einer Wirtschaftsgruppe einem einzelnen Menschen zur Last zu legen. Alle Kreise haben das Bestreben gehabt, Devisen auf Vorrat zu kaufen.

**Die Einkommensteuer bei uns und unseren Feinden.**

Einkommensteuer für das Jahr 1922 bei einem verheirateten Steuerpflichtigen mit 2 Kindern in v. H. des Einkommens.

Einkommen in Papiermark	England v. H.	Frankreich v. H.	Italien v. H.	Amerika v. H.	Deutschland v. H.
100 000	—	1,68	14,25	—	8,1
500 000	—	3,68	16,39	—	10,5
1 000 000	—	6,04	17,21	—	15,7
5 000 000	14,09	10,04	19,89	1,10	36,7
10 000 000	19,89	15,14	21,86	4,12	46,9
20 000 000	28,71	21,62	24,43	7,71	53,4
50 000 000	40,02	36,11	29,18	15,95	57,4
100 000 000	45,41	45,05	34,22	27,79	58,7

**Der Kultusminister an die Sportvereine.**

Kultusminister Dr. Hellbach hat einen sehr bemerkenswerten Erlaß an die großen Verbände für Leibesübung und Jugendpflege gerichtet, in dem er Zurückführung zur Sparsamkeit und Einfachheit und geistige Verlesung verlangt. Es wäre zu wünschen, schließt der Erlaß, daß die Vereine in Stadt und Land ihren Vereinsbetrieb nach der erzieherischen Seite energisch reformieren wollten. Das Vertrauen in die erzieherischen Leistungen der Vereine ist in weiten Kreisen schwer erschüttert. Solange die Vereine der Vermögensverluste so gewaltigen Vorstoß leisten, solange sich die Jugend zu so riesigen Ausgaben veranlassen, solange sie ob und all der Technik und der äußeren Aufmachung die Seele und den Geist, das Herz und das Gemüt der Jugend verwahten lassen, bedient ihre Arbeit keine Aufbaubarkeit, sondern im besten Fall Spielerei und Unterhaltung.

**Die Rettung liegt in uns.**

Von Dr. Ludwig Haas (Karlsruhe), Mitglied des Reichstags. Man kann nicht hoffnungslos schreiben in einer Zeit, in der die französische Gewaltpolitik die europäische Lage nicht nur deutsche — mehr und mehr erschüttert. Trotz allem wäre unsere Lage gesicherter, wenn nicht die Zerrissenheit und seelische Mängel des Volkes immer wieder zu einer Politik der Halbheit und der Unentschlossenheit führen würden. Heute darf man offen über die Fehler der ersten Note der deutschen

Reichsregierung sprechen. Man konnte darüber streiten, ob man den Weg zu Verhandlungen im Wege einer Note in diesem Augenblick eröffnen wollte. Man kann darüber streiten, ob auch die beste und geniale Note eine Lösung des Konflikts bringen kann. Darüber kann man aber nicht streiten, daß die Note, wenn man sich zu ihr entschloß, völlig in der Richtung ihres außenpolitischen Zweckes hätte geschrieben sein müssen. Das ist nicht geschehen. Rücksichten auf innere deutsche Strömungen und Stimmungen haben der Note jenen Stempel der Halbheit und Unentschlossenheit aufgedrückt, der im schlimmsten Falle zu vollem Mißerfolg, in günstigstem Falle zu einem peinlichen verspäteten Nachgeben führen muß. Keine Note schreiben, das war die eine mögliche Politik. Aber eine Note schreiben, die auch den Richtungen noch halb und halb passen sollte, die keine Note wollten, das war eine unmögliche Politik.

Und trotzdem keine Anklage gegen die Regierung, die vom besten vaterländischen Willen und tiefstem Pflichtgefühl beseelt ist. Vielleicht könnte nur ein Diktator mit jenem Mut zur Unpopulartät regieren, der keinerlei Rücksicht auf die Anschauungen und Gedanken bedeutsamer Volkskreise nimmt. Eine Regierung befindet sich nicht in luftleeren Raum. Deshalb sollte eine Kritik irgendwelcher Regierungsmaßnahmen zunächst prüfen, ob nicht das Volk selbst in seiner falschen Einstellung in seinem ewigen Schwanken, in seiner Ablehnung der Staatsnotwendigkeiten und seiner Begeisterung für die populäre Phrase eine geradlinige Politik unmöglich macht.

Es ist in der Politik wie bei der Führung einer Truppe im Krieg. Es ist oft nicht viel weniger entscheidend, ob man den einen oder den anderen Entschluß faßt; entscheidend ist, daß der einmal gefaßte Entschluß mit voller Kraft und mit rücksichtsloser Entschlossenheit durchgeführt wird. Ein Schwanken zwischen zwei Möglichkeiten wird fast immer zu Mißerfolg führen. Das aber ist das Furchtbare in der Lage der Führer der deutschen Politik, daß das deutsche Volk innerlich zersplittert ist, und noch furchtbarer wird die Lage dadurch, daß ein nicht unerheblicher Teil des Volkes immer die Politik ablehnt, die gemacht wird, selbst wenn es diese Politik vorher gefordert hat. Man sehe sich in seinem Bekanntenkreise um. Die Leute sind nicht selten, die die Unterschrift unter den Versailles Vertrag verlangt und dann die Erfüllungspolitik bekämpft haben, die bei Beginn des passiven Widerstands jubelten, die jetzt den Fortbruch verlangen, um am Tage nach der Verständigung, die nur eine Verständigung unter schweren Opfern sein kann, wiederum über die Torheit der Verständigung zu lästern. Man hat die Wahl zwischen zwei Möglichkeiten. Widerstand unter höchsten persönlichen Opfern oder Verständigung unter höchsten persönlichen Opfern. Dazwischen liegt nichts. Wer sich nicht zu dieser Erkenntnis durchringen hat, ist unfähig, in den Fragen deutscher Politik mitzusprechen.

Unendlich bezeichnend nicht nur für die Zerrissenheit des deutschen Volkes, sondern auch für die Zerrissenheit des einzelnen Menschen selbst ist ein Aufsatz, der in diesen Tagen in einer badischen Zeitung erschien, unter der Überschrift: „Politik und Wirtschaft“. Der Verfasser erkennt die Wahrheit, daß die Politik den Vorrang vor der Wirtschaft haben muß und daß das heute weit verbreitete Gerüde von der Rettung durch die Wirtschaft zum Untergang des Staats führen kann. Daß allerdings die Sozialisten und die Wirtschaftler die falsche Politik vor dem Kriege verschuldet haben, ist eine mehr als merkwürdige Behauptung. Die falsche Politik vor dem Kriege ist von einer in ihren Entschlüssen sehr freien Regierung gemacht worden. Eine Politik größerer Vorsicht, eine Politik, die klar und entschlossen zwischen der Verständigungsmöglichkeit mit Rußland oder mit England sich entschieden hätte, wäre von den weitesten Kreisen des deutschen Volkes begriffen worden. Der Verfasser — und darin sehe ich das Bezeichnende — meint, daß die Regierung Wirth-Rathenau ahnungslos zum Helfer Frankreichs geworden sei und daß sie das wahre Ziel Frankreichs nicht erkannt habe. Derselbe Verfasser freut sich, daß Stresemann jetzt das Verhältnis von Staat und Wirtschaft richtig erkenne, daß er sich durch die Macht der Tatsachen habe belehren lassen und sich zu dem Sage bekennt: „Wir stehen vor der Frage, was wir höher schätzen, politische Freiheit oder entgegenkommen hinsichtlich der materiellen Leistungen.“ — Auch für uns muß die Politik vor der Wirtschaft stehen. Das ist die innere Zerrissenheit der einzelnen Menschen, von der ich spreche. Man anerkennt mit Zustimmung, daß Stresemann eine Erfüllungspolitik verlangt, um die deutsche Freiheit zu erringen, und man beschimpft gleichzeitig Wirth, der diese Politik vertreten hat.

Auch das ist in jenem, für die Erkenntnis der politischen Anschauungen mancher Kreise höchst lehrreichen Artikel so bezeichnend, daß scharfe Angriffe gegen die deutsche Sozialdemokratie erhoben werden.

Die Erziehung zur Internationale habe in den Massen die Worte Staat und Vaterland verflucht. In einem Augenblick in dem im Rheinland und an der Ruhr Arbeiter und Beamte der verschiedensten Richtungen, sozialistische, christliche und Hirsch-Dunkersche in der vorersten Kampffront stehen, in einer Zeit, in der dort unsere Eisenbahner sich in einer Weise bewähren, für die kein Wort der Bewunderung stark genug ist, wäre es vielleicht gut, derartige Angriffe zu unterlassen. Am Rhein und an der Ruhr zeigt sich genau so wie im Kriege, daß der Sozialdemokrat ein ebenso guter und braver Soldat ist, wie jeder andere, der das Vaterland über seine eigenen Interessen stellt. Man sollte aber auch das nicht vergessen, was in jenem Artikel vergessen wurde, daß von dem Zusammenbruch an gemeinsam mit dem Zentrum und der Demokratie gerade die Sozialdemokratie sich für den Staat und die Staatsnotwendigkeiten eingesetzt hat. Bedeutsame Kreise des Bürgertums gingen, weil sie die Politik der harten Staatsnotwendigkeit nicht begriffen wollten, in die Opposition. Wenn einzelne Führer der damaligen Opposition inzwischen den starken und guten Willen gefunden haben, ihre Massen zu der Politik der Staatsnotwendigkeiten zurückzuführen, so ist das hoch erfreulich und ein Lichtblick in dieser trüben Zeit. Es bleibt nur die schwere Sorge, ob sie dauernd diese Schichten, die nur zu willig auf die Worte des Egoismus gehört hatten, bei der harten Politik „Der Staat über alles!“ erhalten können.

Das ist entscheidend für unsere Zukunft, ob wir den Bestrebungen der französischen Gewaltpolitik den einheitlichen Willen des deutschen Volkes entgegensetzen können, den Staat unter den allergrößten persönlichen Opfern zu erhalten und als Volk in innerer Geschlossenheit diese trübe Geschichtsperiode zu überwinden. Der deutsche Wille kann stärker sein als die französische

Macht; aber wir brechen zusammen, wenn jeder Einzelne und jede Berufsgruppe den Staat lästert und die Regierung bekämpft, sobald die Wünsche der Einzelnen nicht erfüllt werden können. Es ist leicht, die Rede zu halten, der die Standes- und Berufsgruppen zuzubehalten; aber diese Rede ist ein Sünde gegen den Staat. Aufgabe vaterländischer Politik kann jetzt nur sein, die Menschen für den Staat zu gewinnen und den Staat in die Lage zu versetzen, rücksichtslos über alle Privatinteressen hinweg sich zu erhalten und durchzusetzen.

Es ist jammervoll, wie in dieser Zeit Menschen zum Teil voll besten, aber irgeleiteten vaterländischen Empfindens den Staat und das Volk zerstören. Alle die, die in Geheimorganisationen mitarbeiten, aber auch die, die die Geheimorganisationen mit ihrem Gelde unterstützen, dienen ungewollt der französischen Machtpolitik. Frankreich wird nicht traurig sein, wenn Deutschland sich selbst in einem Bürgerkrieg völlig zersplittert und trotzdem wurde und wird unter der Zustimmung recht bedeutsamer Volkschichten der Bürgerkrieg in Deutschland vorbereitet. Nicht nur in Bayern wurde die Aufstellung der Hitlerischen Banden und sogar ihr brutales, gefehlwürdiges Gebahren ganz gerne gesehen. Daß der Staat kein Staat mehr ist, wenn die Regierung schwächer ist, als illegale bewaffnete Horden, wurde gerade von denen am wenigsten begriffen, die am lautesten von Staatsautorität sprechen. Daß das Reich kein Reich, daß die Rechtspflege keine Rechtspflege mehr ist, wenn Haftbefehle nicht mehr vollstreckt werden können, weil unterirdische Mächte es verbieten, haben auch die nicht begriffen, für die die Anarchie zwar ein schreckliches Wort ist, die die Anarchie aber fördern, wenn die jegige Staatsgewalt mit ihr vernichtet werden kann.

Wir brauchen ein klares Bekenntnis zur Republik, wenn wir den deutschen Staat retten wollen. Kein Verständiger glaubt, daß eine deutsche Monarchie heute wieder aufgerichtet werden kann. Nur auf dem Boden der Auflösung des Reichs wäre in einzelnen Ländern die Restauration von Monarchie möglich. Man muß es ganz klar aussprechen: Die deutsche Einheit ist die Republik. Der Einzelne hat zu entscheiden, ob ihm die einzige deutsche Republik oder seine monarchistischen Liebhabereien wichtiger sind. Für den politisch und wirtschaftlich klar denkenden Menschen kann es keinen Zweifel geben, wie er sich zu entscheiden hat. Wenn aber die Entscheidung für die deutsche Einheit fällt, dann mußte der Einzelne es sich zur Pflicht machen sich mit ganzer Kraft für die Republik einzusetzen. Die törichte und sinnlose Hege gegen die Republik und ihre führenden Männer mußte um der deutschen Einheit Willen und wegen der Autorität des Staats endlich aufhören.

Schwarz liegt die Zukunft vor uns. Auch wenn das aller schlimmste verhütet wird, werden die nächsten Jahre unsagbar schwer sein. Aber das deutsche Volk hat sein Schicksal trotz der militärischen Macht Frankreichs selbst in der Hand. Wenn wir uns innerlich nicht zersplittern, wenn wir die kleinliche Rechtshaberei aufgeben, wenn wir den brutalen Egoismus überwinden, wenn wir nicht rückwärts, sondern vorwärts schauen, wenn wir ein einiges Volk sein wollen, wenn wir operativ die harten Staatsnotwendigkeiten begreifen, ist die Rettung möglich. Frankreich kann uns nur vernichten, wenn wir uns selbst vernichten. Wenn wir im starken Willen zur Erhaltung der deutschen Einheit und im Geiste der härtesten Opferbereitschaft mit nüchternem Blick für die politischen Möglichkeiten zusammen stehen, dann wird eines Tages auch in der französischen Politik eine Wandlung sich vollziehen. Frankreich bricht an einer Politik zusammen, die sich Ziele steckt, die von der französischen Volkskraft nicht getragen werden können. Das würde zunächst eine furchtbare Periode für das deutsche Volk werden; am Ende dieser Periode aber steht der französische Zusammenbruch. Wenn es eine geschichtliche Lehre gibt, dann ist es die, daß auch mit den stärksten Machtmitteln eine Position nicht gehalten werden kann, die der inneren Stärke des eigenen Volkes nicht entspricht. Aber Frankreich kann sich und Deutschland und damit der Welt eine gesicherte und große Zukunft schaffen, wenn es mit innerer Politik der Verständigung die Brücke zwischen Deutschland und Frankreich schlägt. Ich glaube nicht, daß das Frankreich von heute zu dieser Politik bereit ist. Unsere Aufgabe ist es, uns als Volk und Reich zu erhalten, bis eine andere und bessere Politik ermöglicht werden kann.

**Aus Nah und Fern.**

\* Sinsheim, 1. Juni. Der Fronleichnamstag war von schönem Wetter begünstigt und konnte daher die Prozession am Vormittag, an der sich die Katholiken von hier und den Nachbarn in großer Zahl beteiligten, ihren ungeführten Verlauf nehmen. Die Straßen, auf denen sich der festliche Zug bewegte, waren nach herkömmlichem Brauch mit frischem Grün bestreut, viele Häuser zeigten Blumen- und Bilderschmuck. Den Tag über herrschte Feiertagsstille. Abends führte der Cäcilien-Verein im Löwenaal das Festspiel „Saulus“ auf, das von den Darstellern ausgezeichnet wiedergegeben wurde und von den zahlreichen Besuchern mit großem Beifall aufgenommen worden ist. — Wie der Mai mit schönem Wetter begonnen hat, so schloß er auch; was dazwischen bescheuert wurde, Kälte und Regen, war wenig erfreulich. Nun treten wir in den Monat Juni ein, der den Sommeranfang bringt. Die Feldfrüchte bedürfen sehr der Wärme zu ihrer Entwicklung. Hoffentlich bringt uns der Juni die erhoffte Wärme und zeigt er sich als rechter Sommermonat.

\* Sinsheim, 30. Mai. (Vermögens- und Gewerbesteuer.) Die Steuerabteilung der Handelskammer teilt uns mit: Der Reichsfinanzminister hat für die Veranlagung zur Vermögenssteuer zugelassen, daß die Steuererklärung dann nicht beanstandet wird, wenn für die Bewertung der Vorräte als durchschnittlicher Anschaffungs- oder Herstellungszeitpunkt der drei Monate vor dem Abschlußtag liegende Zeitpunkt zugrunde gelegt wird und dementsprechend die gesamten Vorräte nach den an diesem Zeitpunkt maßgebenden Preisen gemäß der Bewertungsrichtlinien bewertet werden. z. B. ein Kohlenhändler, dessen Abschlußtag der 31. Dezember 1922 ist, bemertet seine an diesem Tage vorhandenen Kohlenvorräte mit 160 v. H. der Anschaffungspreise vom 30. 9. 22. Zur Vereinfachung der Veranlagung zur Gewerbesteuer ist das badische Ministerium der Finanzen, wie es uns mitgeteilt hat, damit einverstanden, daß in solchen Fällen auch bei der Gewerbesteuer so verfahren wird. Die Finanzämter haben entsprechende Weisung erhalten.

\* Sinsheim, 30. Mai. (Kraftwagenverkehr.) Ab 1. Juni treten im Gang der Kraftposten folgende Änderungen ein: Fahrt 1 von Michelsfeld ist 15 Minuten früher gelegt, um den Anschluß an Zug 433 nach Heilbronn zu erreichen; Fahrt 2 — ab Sinsheim 1.40 — und Fahrt 3 — ab Michelsfeld 4.05 — werden nur an Sonn- und Feiertagen ausgeführt. Auf der Linie Sinsheim-Hilsbach verkehrt die Kraftpost bei Fahrt 24 — ab Hilsbach 12.15 — und Fahrt 23 — ab Sinsheim 1.45 — ebenfalls nur noch Sonn- und Feiertags.



**Sinsheim, 31. Mai.** (Die neuen Eisenbahnfahrpreise.) Vom 1. Juni 1923 werden die Tarife der Reichsbahn wie folgt erhöht: Einheitszüge für 1 Kilometer: 1. Kl. 200 Mk., 2. Kl. 100 Mk., 3. Kl. 50 Mk., 4. Kl. 33 Mk. Schnellzugzuschläge: Zone I für 1—75 Kilometer: 1. Kl. 4000 Mk., 2. Kl. 2000 Mk., 3. Kl. 1000 Mk., Zone II für 76—150 Kilometer: 1. Kl. 12 000 Mk., 2. Kl. 6000 Mk., 3. Kl. 3000 Mk. Gepäckfracht: 8 Mk. für 10 Kilogr. und 1 Kilometer, mindestens 500 Mk., Aufrundung auf volle 100 Mk. Die Expressgutfracht entspricht dem um 60 Proz. erhöhten Eilguttarif. Aufrundung und Mindestfracht wie Gepäck. Der Preis der Bahnsteigkarte beträgt 200 Mk., der Fahrkartentaxe 700 Mk. Mit Fahrkarten, die in der Zeit vom 29.—31. Mai gelöst werden, kann die Fahrt an einem beliebigen Tag innerhalb der viertägigen Geltungsdauer, also gegebenenfalls auch noch nach dem 1. Juni, angetreten werden.

**Rappenaу, 30. Mai.** (Unsere Mädchen-Fortbildungsschule) soll laut Anordnungen des Kreis Schulamts nun ausstufweise durch Frau Schneider von Sinsheim versehen werden. Da hier für den Schulverband Rappenaу drei Klassen in Betracht kommen, soll vorerst jede Klasse nur alle 3 Wochen je 4 Stunden Unterricht erhalten. Voraussichtlich beginnt die Schule nächsten Montag Nachmittag mit der 1. Klasse.

**Eppingen, 30. Mai.** (Ruhrspende.) Die von den landwirtschaftlichen Verbänden für die Ruhrkinder auf dem Heuberg gemachten Kartoffeln, die durch das Lagerhaus Eppingen abgehandelt wurden, ergaben 937 Lit., worin die Sendung des Lagerhauses Elsenz nicht enthalten ist. — Wie wir erfahren, findet außer-

dem in den nächsten Tagen ein Eierlegetag zu Gunsten Notleidender statt.

**Unterschwarzach, 30. Mai.** Die Lohnverhandlungen der Peitschenindustrie sind gestern zu Ende geführt worden. Die Firma Flech u. Co. (Inhaber Heinrich Noll) bewilligte nicht allein die Forderungen der Arbeiter, sondern führte auch wieder in Anbetracht der schweren Zeitverhältnisse die sechsstägige Arbeitswoche ein. Die Arbeiter der Firma Heinrich Döbert traten in den Streik, weil die Forderungen nicht bewilligt wurden, daraufhin sperrte die Firma Scherer und Klemp, Aglasterhausen aus Sympathie für den Arbeitgeber heute ihre Arbeiter aus.

**Heidelberg, 31. Mai.** (Der Schrecken der Nacht.) Der verlichtete Ein- und Ausbrecher Hermann Noll, der am 16. April früh 5 Uhr in der Anlage nach einem Revolverkampf festgenommen und ins Amtsgefängnis eingeliefert wurde, hat inzwischen eingestanden, allein in Heidelberg acht Einbruchsdiebstähle begangen zu haben.

**Bretten, 31. Mai.** (Wegen unerlaubten Handels) und Preistreiberei hat das hiesige Amtsgericht gegen einen Schneider aus Oberdingen eine Gefängnisstrafe von acht Tagen und eine Geldstrafe von einer halben Million ausgesprochen. Der bei dem unerlaubten Handel und der Preistreiberei erzielte Gewinn von 900 000 Mk. wurde eingezogen.

**Wollbach (A. Lörrach), 31. Mai.** (Tödlischer Abitur.) Beim Ausnehmen von Vogelneestern ist ein junger Bursche von Nebenau von einem Baum heruntergefallen. Er brach dabei das Genick und war in kurzer Zeit tot.

**Wittlingen (Amt Lörrach), 31. Mai.** (Unfall.) Ein 19-

jähriges Mädchen von hier erlitt dadurch einen schweren Unfall, daß es beim Ueberqueren der Straße von einem Auto erfasst und eine Strecke weit mitgeschleift wurde. Die Verletzungen des Mädchens sind jedoch nicht lebensgefährlich.

**Friedrichshafen, 31. Mai.** (Vom Bootsunglück) des Pfingstmontag konnte am vergangenen Samstag das zweite Opfer, der 20 Jahre alte Sobel, geborgen werden. Die Leiche Oldrichs, der Sobel im Todeskampf umschlungen hielt, löste sich von diesem bei der Hebung auf dem See und fiel ins Wasser zurück. Infolge des hohen Wellengangs konnte am Samstag die Suche nicht mehr aufgenommen werden, doch hofft man, die Leiche in Bälde bergen zu können.

**Nürtingen, 31. Mai.** (Wildschwäne.) Bei Unterenfingen wurden zwei Wildschwäne im Gewicht von 50 Pfund geschossen, was eine große Seltenheit ist.

**Biberach, 31. Mai.** (Tödlischer Unfall.) Malermeister Otto Strohmaier wollte einen Leitungsmaß anstreichen. Vor dem Befestigen vergesselte er sich, daß der elektrische Strom ausgeschaltet war. Während der Arbeit wurde von anderer Seite der Strom für einige Augenblicke eingeschaltet. Strohmaier kam mit der Leitung in Berührung, erhielt einen elektrischen Schlag, stürzte ab und verstarb.

**Evangelischer Gottesdienst.**

Sonntag, den 3. Juni. 1. Sonntag nach Trinitatis.  
10 Uhr: Gottesdienst. Stadtpfarrer Meerwein.  
11 Uhr: Kindergottesdienst. Stadtpfarrer Meerwein.

**Ämliche Bekanntmachungen.**

Nr. 33. Gefuch der bad. Eisen- und Blechwarenfabrik G. m. b. H. Sinsheim-Elsenz um Genehmigung zum Ausbau ihrer bestehenden Wasserkraftanlage hier: die Abstellung der Verleihung auf die alte Eichmarke (Elsenzneuellement) 1853 betr.

Wir verweisen auf unsere unterm 28. Juli 1922 in Nr. 90 und 4. April 1923 in Nr. 42 erfolgten Veröffentlichungen im Landboten. Die Stauhöhe der neu ausgebauten Wasserkraftanlage der bad. Eisen- und Blechwarenfabrik G. m. b. H. Sinsheim-Elsenz soll auf die aus einem jetzt aufgefundenen Elsenzneuellement von 1853 sich ergebende rechtmäßige bisherige Stauhöhe eingerichtet werden. Hiernach soll die Stauhöhe 23 cm über die bisherige rechtmäßige genehmigte Eichhöhe — Eichpahl von 1853 liegend auf dem rechten Ufer der Elsenz — zu liegen kommen.

Wir bringen dies hiermit zur öffentlichen Kenntnis mit der Aufforderung, etwaige Einwendungen beim Bezirksamt Sinsheim oder dem Gemeinderat Sinsheim binnen 2 Wochen anzubringen, widrigenfalls die nicht auf privatrechtlichen Titeln beruhenden Einwendungen als ausgeschlossen gelten. Es wird darauf hingewiesen, daß die vor Inkrafttreten des Gesetzes vom 8. 4. 1913 kraft besonderer privatrechtlicher Titel an der Elsenz begründeten Rechte namentlich als dem öffentlichen Recht angehörige Nutzungsrechte zu betrachten sind, und daß daher auf solche Rechte sich stützende Einwendungen, falls sie innerhalb der gesetzten Frist nicht vorgebracht werden, ebenfalls als ausgeschlossen gelten.

Die Gutachten des Bad. Kulturbauamts vom 14. 9. 22, 13. 3. 23 und 18. 5. 23 liegen zur Einsichtnahme auf dem Bezirksamt offen.  
Sinsheim, den 26. Mai 1923. Bad. Bezirksamt.

**Einladung**

zur Hauptprobe der freiwilligen Feuerwehr.  
Zu der am Freitag, den 1. Juni 1923, nachmittags 1/27 Uhr stattfindenden



**Hauptprobe**

hat sich die Hilfsmannschaft auf dem Marktplatz einzufinden.  
Wer ohne Entschuldigung ausbleibt wird bestraft.  
Sinsheim, den 31. Mai 1923.

Bürgermeisteramt:  
Sidler Gög.

**Wimpfen. Brennholzverkauf.**

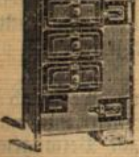
Mittwoch, den 6. Juni, vormittags 9 Uhr anfangend, kommen im Forstwald in verschiedenen Distrikten gegen Barzahlung zur Versteigerung:  
115 Raummeter buche und eiche Scheiter (worunter 18 Raummeter Pfahlholz im Ehbüchel etc.)  
160 Raummeter buche und eiche Knüppel,  
8 " " " Stöcke,  
300 Wellen " " " Kessig.



Zusammenkunft im Forsthaus.  
Wimpfen, den 29. Mai 1923.  
Städtische Bürgermeisterei Wimpfen.  
Sailer.

**Hausbacköfen**

Sie zweifeln noch, Sie können es nicht fassen, daß unser Hausbackofen das sein soll was Sie suchen! Und doch ist er es! Denn alle die in der glücklichen Lage sind ihn zu besitzen, geben recht gerne Zeugnis von der Güte, Einfachheit und Leistungsfähigkeit.



**Aussprüche der Besitzer:**  
„Ich geb ihn nicht mehr her.“  
„Ein Ideal Backofen.“  
„Nicht für vieles Geld geb ich ihn wieder.“  
„Meine Frau ist überglücklich.“  
„Er ist unser Hausglück geworden.“  
„Man sollte es nicht glauben, daß nur mit so wenig Holz gebacken werden kann.“

Ja! Man sollte es nicht glauben, daß Sie solange noch zweifeln. Fordern Sie sofort Zeugnisse, Prospekte und Preise.

**Gebr. Kirsch, Meckesheim.**

**Großverbraucher**  
in  
**Seifen**  
Gewerbe, Industrie und Handel fragen bei Bedarf in Kern- u. Schmierseifen, Seifenpulver etc. an bei  
**Dr. Geyer & Dr. Bootz, Mannheim**  
B 7, 15 (Parkring). Anschlüsse: 3108, 9655.

Gasthaus z. Krokodil  
**Welt-Kino Sinsheim**  
WK  
**Spielplan**  
für Samstag 2., Sonntag 3. und Montag 4. Juni.  
Ein berühmter erstklassiger Film wird gespielt!  
**Der glühende Kristall**  
Amerikanischer Sensations-Film in 6 Abteilungen.  
36 Akten. 2. Teil: „Unter den Krallen der Löwen“ in 6 Akten.  
Das schüchternste Prinzenchen, Lustspiel 1 Akt.  
Spielzeit:  
Samstag Abend 8 1/2 Uhr Anfang  
Sonntag Abend 8 1/2 Uhr Anfang  
Montag Abend 8 1/2 Uhr Anfang.  
Es ladet freundlichst ein Die Direktion.

**Zahnpraxis W. Kountz**  
Reihen bei Sinsheim a. d. E.  
Sprechstunden täglich von 9—12 u. 2—6 Uhr.

**Solbad Rappenaу**  
geöffnet vom 1. Mai bis Ende Oktober.  
Badezeit:  
Werktags: Vormittags von 8—12 Uhr, nachmittags von 1—3 Uhr. Sonntags: von vorm. 8 bis nachm. 3 Uhr.

NACH  
**SÜDAMERIKA**  
**DEUTSCHE PASSAGIERDAMPFER**  
MIT VORZÜGLICHEN EINRICHTUNGEN FÜR REISENDE ERSTER, ZWEITER UND DRITTER KLASSE / MODERNE DRITTE KLASSE MIT ZWEI, VIER- UND SECHS BETTIGEN KABINEN SPEISESAAL UND GESELLSCHAFTSRAUM  
**NÄCHSTE ABFAHRTEN VON HAMBURG**  
15. Juni „Cap Polonio“  
12. Juli „Antonio Delfino“  
9. Aug. „Cap Norte“  
AUSKUNFT ERTEILT HAMBURG-SÜDAMERIKANISCHE DAMPFSCHIFFFAHRTS-GESELLSCHAFT HAMBURG & HÖLZDRÜCKE & BEHM HOFENMARKT VERTRETER Hermann Rettig & Co., Heidelberg Hauptstr. 77, im Hotel Wagner. Tel. 2206.

Frachtbriefe empfiehlt die G. Becker'sche Buchdruckerei.

**American Line**  
Gegr. 1871.  
Regelmäßiger Passagierverkehr mittelst Doppelschrauben- und Dreischraubendampfer  
**Hamburg-New York**  
„Manchuria“ 9. Juni  
„Finland“ 16. Juni  
„Mongolia“ 26. Juni  
„Minnekahda“ 30. Juni  
„Kroonland“ 7. Juli  
„Manchuria“ 14. Juli  
„Finland“ 21. Juli  
Hervorragende Einrichtung der Kajüte und dritten Klasse. Vorzügliche Verpflegung.  
Auskunft erteilt die Passageabteilung der  
**American-Line**  
Alsterdamm 39, Hamburg  
oder deren Vertreter:  
**Abraham Seligmann, Sinsheim** (Elsenz) Baden  
Neben dem Rathaus.  
General-Vertretung für Baden:  
**Reisebüro A. Burger**  
Mannheim S 1, 5, Breitestraße.  
Fernsprecher Nr. 6390.

Ein ordentlicher  
**Sunge**  
kann zur Erlernung der Bäckerei und Conditorei sofort eintreten.  
Conditorei-Café Schmidt Redarbischofsheim.

**Neuenheimer Musikhaus**  
Heidelberg  
Brückenstraße 8  
liefert Musikalien und alle Musik-Instrumente preiswert.

Großes Lager in  
**Email-Herde**  
**Email-Waren**  
**Eisen-Waren**  
zu billigsten Preisen.  
**Hch. Bender, Michelfeld**  
Hauptstr. geg. d. „Schwanen“.

**Sportverein Sinsheim.**  
Samstag 8 Uhr abends im „Lüwensaal“  
**Saisonschlussfeier mit Tanz.**  
Nur für Mitglieder.  
**Vergnügungsausschuss.**  
Geben umsonst gegen  
**Sommersprossen**  
einfaches Mittel bekannt.  
Fräulein Irene Müller, Stuttgart A 10, Sängerkir. 5.  
**Rechnungsformulare**  
empfiehlt  
G. Becker'sche Buchdruckerei.  
**Lästige Haare**  
Damen-Bärte entfernt schmerzlos Pulver „Odin“. Zu haben bei A. Engel, Engel-Drogerie.